

30. August 2024

Generalversammlung der SAB: «Stadt und Land im Dialog»

Thomi Jourdan, Regierungsrat Basel-Landschaft, Vorsteher der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

«Stadt und Land im Dialog»

Mit dem Titel der diesjährigen Tagung treffen Sie, sehr geehrte Damen und Herren den Nerv der Zeit und beschreiben eine der aktuellen innenpolitischen Herausforderungen unseres Landes. Und: Sie beschreiben eine Aufgabe, die auch für unseren Kanton Basel-Landschaft nach aussen wie auch gegen innen von grosser Relevanz ist.

Ja, sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich ausserordentlich, Sie im schönen Baselbiet, hier im Schloss Ebenrain in Sissach zur Generalversammlung und Fachtagung der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete begrüessen zu dürfen.

Sie haben sich für Ihre diesjährige Tagung einen Ort ausgewählt, der bestens zum Thema «Stadt und Land im Dialog» passt. Einerseits, weil unser Kanton direkt an die Kernstadt Basel grenzt und damit ständig mit der Aufgabe konfrontiert ist, als «Land»kanton den interkantonalen Dialog mit dem «Stadt»kanton zu führen. Ein Dialog, der von aussen betrachtet manchmal mit überraschend viel Leidenschaft dafür geführt wird, die interkantonalen Unterschiede und die jeweilige Abgrenzung zum Nachbarn zu betonen. Ein Dialog, welcher – so könnte man zumindest im Nachgang zur Zeitungslektüre manchmal meinen – auch immer wieder konflikzionär, zäh, im Streit zu sein scheint. Ein Dialog zwischen Nachbarn, die manchmal tatsächlich Mühe haben, Partnerschaft zu gestalten. Eine Situation aber auch, die uns immer wieder in Erinnerung ruft, dass auch im 21. Jahrhundert, gut 175 Jahre nach der Gründung der modernen Schweiz, für viele Menschen, die Kantone als identitätsstiftende und kulturtragende Gebilde weiterhin von grosser Bedeutung sind – die Kantone eine Bedeutung haben, über die man sich vielleicht aufregen, nerven oder sich auch lustig machen kann. Ja, eine Bedeutung, deren Wirkung zuweilen als bremsend, einschränkend und hinderlich wahrgenommen wird. Eine Bedeutung aber eben auch, deren verbindende Kraft nach innen kaum überschätzt werden kann.

Tatsache ist aber auch, dass parallel zu dieser zuweilen fast schon trotzigen Begeisterung für die Abgrenzung zum Nachbarkanton und der pointierten Betonung der Eigenständigkeit, es eben doch immer wieder möglich ist, interkantonale Vereinbarungen, Partnerschaften und damit den Dialog zwischen Stadt und Land für alle Seiten gewinnbringend zu gestalten. Dabei wird die Erfahrung gemacht, dass gemeinsam unterwegs-Sein nicht bedeuten muss, die eigene Identität oder Souveränität aufzugeben.

Ja, unser föderalistisches System zwingt alle Beteiligten laufend in Aushandlungsprozesse, zwingt uns, konsensuale Lösungen, Kompromisse und gemeinsame Wege zu entwickeln, welche den Zusammenhalt in der Vielfalt ermöglichen. Ein Zwang für Aushandlungsprozesse, welcher im Übrigen – wir vergessen es manchmal – kein Kind der Neuzeit ist, sondern vielmehr der systemimmanente

Teil unseres Landes, quasi ein in der DNA unseres Staatsverständnisses liegendes Merkmal, das sich schon bei der Gründung des Bundesstaates ergeben hat. Denn wenngleich wir gerne die Geschichte von einer heldenhaften Gründungszeit der modernen Schweiz im Jahr 1848 erzählen würden, in welcher sich die Kantone in Begeisterung für die neue Staatsform zusammenfanden und miteinander die vielen auf der Hand liegenden Gemeinsamkeiten entdeckten und zur Grundlage des Bundesstaates erklärten, so ist es eben gerade umgekehrt: Auch 1848 war nicht das Resultat einer glatt verlaufenen Verhandlungsrunde zwischen begeisterten Freunden, mit dem Ziel, die dunkle Zeit des Staatenbundes durch die leuchtende Zukunft des Bundesstaates zu ersetzen. Nein, der Bundesstaat war das Ergebnis eines mühsam, zäh und hart erarbeiteten Versuchs, genügend Verbindendes zu entdecken, das Gemeinsame zu ermöglichen, ohne dass hierfür die vielen – von allen Seiten betonten – wirtschaftlichen und kulturellen Unterschiede zwischen den Kantonen und ihre damit verbundene Souveränität aufgegeben werden musste. Ja, schon damals gab es die Notwendigkeit des Dialogs zwischen Stadt und Land. Ja, schon damals war der Konflikt, die Auseinandersetzung, aber auch das Entstehen für Differenzierung und Eigenständigkeit die Grundlage für die Erarbeitung von etwas Gemeinsamem.

Und so stellen wir fest, dass die Herausforderung, diesen Dialog, diese Auseinandersetzung auszuhalten und als Grundlage für gemeinsame Lösungen zu betrachten, den Nerv der Zeit trifft. Nicht erst heute, sondern schon seit 176 Jahren!

Und so wie wir als Basel-Landschaft wie alle Kantone diesen Dialog mit unseren Nachbarkantonen führen müssen, so besteht diese Aufgabe auch innerhalb unseres Kantons. Für uns im Baselbiet bedeutet dies hier die bevölkerungsreiche Agglomeration mit mehreren Gemeinden nahe der 20'000 Einwohnermarke, mit starken Wirtschaftsstandorten, leistungsfähigen Infrastrukturen und einer in der Siedlung nicht mehr erkennbaren Grenzziehung zwischen den Gemeinden. Dort das ländliche Oberbaselbiet mit seinen kleinen, wohlstrukturierten Dörfern, einzigartigen Hügellandschaften und dem für unser kantonales Selbstverständnis so wichtigen Landschaftsbild. Hier die starken Wirtschaftszentren mit LifeScience, Biotech-Unternehmen und einem schweizweit einzigartigen Zentrum für Quantencomputing, dort die Landschaft aus welcher 50 % aller in der Schweiz zum Verkauf angebotenen Tafelkirschen stammen. Hier die Boomregion mit neuen Technologien, Startups und grossen Arealentwicklungen, dort das ländliche Baselbiet, welches in den letzten 50 Jahren den Strukturwandel und damit den Niedergang in Bezug auf wirtschaftliche Standortrelevanz schmerzlich erleben musste.

Ja, unser Kanton kennt die Herausforderung des Stadt-Land-Dialogs als Aufgabe, Asymmetrien auszugleichen, sowohl gegen aussen – mit dem finanziell wesentlich potenteren Stadtkanton – als auch gegen innen in der Aufgabe, den regionalen Ausgleich zwischen den Gemeinden sicherzustellen.

Ein Dialog, der tatsächlich seine Grundlage und seine Wirkung im gelebten Föderalismus hat. Und damit wird der Dialog zum essentiellen Instrument eines sich laufend weiterentwickelnden, nie abschliessend geklärten Verhältnisses zwischen den verschiedenen Staatsebenen und Gebietskörperschaften. Der Dialog ist die immerwährende Aufgabe und Grundlage für den Zusammenhalt und den Erfolg unseres Landes. Und er impliziert die Aufgabe der jeweilig übergeordneten Staatsebenen, die Verantwortung dafür zu übernehmen, dass die durch den Föderalismus entstehenden Unterschiede so ausgeglichen werden, dass der innere Zusammenhalt gewährleistet bleibt.

Das stärkste aller Instrumente hierfür – aber eben auch jenes, das die grösste Kraft hat, die Autonomie der nachgelagerten Staatsebene und damit den Föderalismus einzuschränken – liegt darin, die Aufgabe zu zentralisieren: Vor 175 Jahren waren dies die Landesverteidigung, die Schweizeri-

sche Universität (heute ETH), die Schaffung des innerschweizerischen Freihandels und der Personenfreizügigkeit. Später kamen der Verkehr, die Energie und die Sozialversicherungen dazu. Weitere Zentralisierungsideen – und zwar sowohl auf Bundes- als auch auf Kantonsebene – stehen bei allen Parteien weit oben auf der Wunschliste. Ja, das Instrument der Zentralisierung erscheint damit oft als naheliegende, einfache und effiziente Lösung, regionale Disparitäten aufzulösen. Die Zentralisierung ist aber eben auch jenes Instrument, welches die DNA und damit aus meiner Sicht ein Geheimrezept für den Erfolg unseres Landes in Frage stellt. Weil die Zentralisierung viel weniger zulässt, auf der untergeordneten Staatsebene kantonale, kommunale und regionale Eigenheiten eigenständig zu berücksichtigen, es weit weniger möglich bleibt, dass die Kantone und die Gemeinden als Innovationslabore agieren können. Selbstverständlich gibt es Aufgaben, deren Erfüllung von zentraler Stelle effizienter und effektiver geschehen kann. Trotzdem bin ich der Überzeugung, dass das Instrument der Zentralisierung weiterhin, resp. wieder verstärkt mit Bedacht und Zurückhaltung eingesetzt werden sollte.

Dies auch deshalb, weil es andere Möglichkeiten gibt, die Disparitäten zwischen den Kantonen und Gemeinden auszugleichen, ohne das Prinzip der Souveränität einer Staatsebene zu stark einzuschränken: Nämlich die Regionalpolitik. Ein Instrument, mit welchem es die Schweiz in den letzten 175 Jahren geschafft hat – notabene mit viel Geld – kantonale und regionale Unterschiede auszugleichen, abzuschwächen, oder gar nicht erst aufkommen zu lassen. Ja, die Regionalpolitik schafft es, sich über das föderale System der Gebietskörperschaften zu legen, ohne dass eine Staatsebene ihre Eigenständigkeit aufgeben muss. Die Regionalpolitik anerkennt den Eigenwert und das in ihr innewohnende Potential einer Region, vermag dieses zu fördern und zu entwickeln und damit die interregionalen Unterschiede abzubauen.

Anders gesagt: Während der Föderalismus das zentrale Instrument der Machtteilung innerhalb des Staates ist und gleichzeitig die kulturelle und gesellschaftliche Differenzierung als identitätsstiftendes Element ermöglicht, ist es die Regionalpolitik, welche die Wettbewerbsfähigkeit und den Ausgleich von Entwicklungsunterschieden unter Ausschöpfung gemeinsamer, regionaler Potentiale über die kommunalen und kantonalen Grenzen hinweg zu fördern vermag.

Auch in unserem Kanton gibt es verschiedene regionalpolitische Initiativen und Projekte. Wir kennen die Versorgungsregionen in der Alterspolitik oder die Regionalplanungsgruppen für die Raumordnung und Verkehrsplanung. Ich denke an die vielen erfolgreichen PRE-Projekte, welche ihren Beitrag zur Förderung der ländlichen Entwicklung haben. Ich denke an NRP, die neue Regionalpolitik welche seit diesem Jahr auch in unserem Kanton als Instrument für die Stärkung des ländlichen Raums genutzt werden kann.

Ja, die Regionalpolitik ist eine wichtige Ergänzung zum staatspolitischen Föderalismus, um regionale Unterschiede auszugleichen, ohne dafür die Aufgaben zentralistisch an die übergeordnete Staatsebene übertragen zu müssen. Und deshalb meine ich, ja, Föderalismus und die Regionalpolitik können gut miteinander. Aber beide sind sie kein Selbstläufer für den Erfolg, sondern es wohnt in ihnen die Notwendigkeit zum Dialog inne, weil auch die Regionalpolitik nicht ohne innerstaatliche Auseinandersetzung zwischen den Gemeinden oder den Kantonen funktionieren kann. Und das ist auch gut so. Denn der Dialog ist und bleibt die DNA unseres Landes – und das Geheimrezept für unseren Erfolg.

Und so stelle ich fest: Der Titel ihrer Fachtagung «Dialog zwischen Stadt und Land» trifft den Nerv der Zeit unseres Landes. Nicht erst heute, sondern seit 176 Jahren und hoffentlich auch in Zukunft.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine spannende Tagung mit vielen Erkenntnissen und noch mehr Dialog!